

Sagen, was Sache ist.



Wir sind Europa!

Nr. 184

erscheint monatlich

1. Februar 2009

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

“Wer [grundsätzlich] gegen Politik ist. ist für die Politik, die mit ihm gemacht wird.”  
Bertolt Brecht (1898 - 1956)

"Verschuldung sinkt zum sechsten Mal hintereinander.  
Ich hoffe ..." (Haushaltsrede, Fortsetzung und Schluss)

## Vatertierhaltung

Georg Mangold

**Obwohl die Verwaltung damals in der ersten großen Streichliste des Jahres 2003 vorschlug, die freiwilligen Zuschüsse für die sogenannte Vatertierhaltung zu streichen, hat die Mehrheitsfraktion einzig und allein diesen Punkt aus der Sparliste herausgenommen. Schon damals blieben 45.000 Euro treu und brav im Haushalt - es sei nochmals betont - gegen den Vorschlag der Verwaltung. (Bis hierher stand es schon im letzten Roten Füchse; Red.)**

Damals stieg parallel die Grundsteuer B um 20 Hebesatzpunkte, verschont wurde die Grundsteuer A. Treue Wähler wollen belohnt sein. Auf andere Berufsgruppen, wie die z.T. auch arg gebeutelten Handwerker wurde keine Rücksicht genommen, denn die zahlen Grundsteuer B.

Gewundert hat mich die neue Argumentationsebene: Die Verteidiger der Vatertierhaltung tun plötzlich so,

als ob ein Betrag von ca. 50.000 Euro kein nennenswertes Geld mehr ist.

### Gut merken

Wir werden uns diese Einstellung für andere Fälle gut merken und werden - zur Not mit breiter Brust - so lange weiterdiskutieren, bis dieser Haushaltsposten irgend wann einmal aus dem städtischen Haushalt verschwunden ist. Zucht-tierhaltung und Besa-

### Was gibt's diesmal?

- 2 Liebe Leser/-innen!  
Wir gratulieren | Impressum
- 3 Kontakte | Im Übrigen bin ich ...
- 4 SPD-Berichte aus Berlin
- 5 Bilanz der  
SPD-Bundestagsfraktion
- 6 Straßennamen im Rosengarten
- 7 Ehingen in dunkler Zeit 1933-45
- 8 "Muss ich deutlich widersprechen"
- 10 Damals im Februar
- 12 Notizen aus der Kreistagsarbeit
- 14 Es stand vor 10 Jahren ...
- 15 Protokoll Dienstagstreff
- 16 (R)umgefragt
- 17 Leserpost
- 19 Krieg ist Wahnsinn
- 20 Franz Müntefering: Grußwort
- 21 Anregungen n. Berlin mitn.  
Aller Ehren wert
- 22 Bildernachlese
- 23 Blick über den Zaun
- 24 Termine, Hinweise u. a.

**"Müntes" Grußwort ans Rote  
Füchse zum 15-Jährigen auf  
Seite 20.**

weiter auf Seite 3 →→→

Adress-  
Aufkleber



## Liebe Leserinnen und Leser!

Ob die Rubrik (R)umgefragt bei der Leserschaft ein großes oder eher ein mäßiges Interesse findet, weiß ich nicht. Ich kann nur hoffen. Beim Ausdenken und Formulieren der Fragen ist es für mich manchmal schwierig. Sie sollen zu Stellungnahmen herausfordern, aber nicht dümmlich sein. Sie sollen entgegengesetzte Positionen darstellen, aber nicht ernsthaft zu Schwarzweißmalerei verführen.

Eine Gratwanderung — meine stille Hoffnung dabei:

- Es sollen aktuelle Themen sein. Aber so, dass sie gut einen Monat vor dem Erscheinen des nächsten Hefts schon aktuell sind und es auch noch lange genug bleiben.
- Es sollen Themen sein, die

unsere Befragten und die Leserschaft insgesamt hofentlich betreffen, berühren und bewegen.

- Es sollen Themen sein, die Gelegenheit zu durchaus unterschiedlichen Meinungen bieten.
- Es sollen Themen sein, die als Denkaufgabe so kontrovers angeboten werden, dass sich die Befragten irgendwo differenzierend zwischen den Extrempositionen der Fragestellung bewegen können.

Ich erhoffe also in der Regel eher nicht, dass jemand laut ein "hundertprozent Ja" oder "entschieden Nein" zu den jeweils von mir genannten Alternativen ausruft.

- Es sollen Themen aus Stadt und Region, aber auch aus der "großen" Welt sein.
- Es sollen Themen sein, die alle Generationen, alle Stände und Erfahrungswelten

aus unserer Leserschaft ansprechen.

Dieser Wunsch ist noch nicht so recht in Erfüllung gegangen: Gar manche/r erhält seit Jahren die Fragen und hat doch noch nie eine beantwortet - trotz bekundeten Interesses.

- Es sollen Themen sein, die der gesamten Leserschaft einen Zuwachs an Erkenntnis und damit auch hier und dort Hilfe zur Bewältigung des Alltags bieten.
- Es sollen Themen sein, die die Leserschaft — die Befragten und die "Nur"-Lesenden — auch ein wenig ans Rote Füchse binden.
- Es sollen Themen sein, bei denen manche/-r denkt: Da will ich mich (endlich) auch beteiligen. (Siehe Seite 16 oben!) — Dazu herzlich willkommen!

*Ludwig Dorner*

### „Rund“ oder „höher“: Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre  
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre



Geburtstage				Mitgliedschafts-Jubiläen (II)		
geboren am			wird	Eintrittsjahr		Jahre
24.	1.	Stephanie Bernickel	20	1966	Ingrid Krell	43
Mitgliedschafts-Jubiläen (I)				1972	Christa Rinker	37
1971		Manfred Kistler	38	1971	Lutz Deckwitz	38
1974		Josef Kneer	35	1971	Georg Mangold	38
1974		Rosemarie Bauer	35	1973	Margret Fuchs-Ehlert	36

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen. Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet Natürlich auch der örtlichen Presse!

**Impressum:** 's Rote Füchse wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. **Gewählte Redaktionsmitglieder:** Stefan Enderle, Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchse, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechsle@t-online.de \* Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen\* Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■



■■■ Fortsetzung von Seite 1

mungskosten 2006 Haushaltsstelle 7820 = 54.000 Euro

2003/04/05 = 50.000 Euro mal 3 sind 150.000 Euro,

Ist das auch kein Geld?

[Auf die] ganze Zeit [von vielen Jahren bezogen], dann wären wir längst bei einer der so dringend

benötigten Turnhallen.

Ergänzungen in eckigen Klammern im letzten Abschnitt wurden von der Redaktion vorgenommen. ■

Ceterum censeo ...

## Im Übrigen bin ich der Meinung ...

Mit diesen berühmten Worten beschloss Cato, ein seinerzeit berühmter Senator (eine Art Bundestagsabgeordneter) im römischen Senat der Antike angeblich alle seine Reden: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam - zu Deutsch: "Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Carthago zerstört werden muss." Carthago war eine Stadt am afrikanischen Mittelmeerufer und eine Konkurrentin zum römischen Machtstreben. Einer der berühmtesten Feldherren Carthagos war Hannibal. An den "ewig" wiederholten Satz des "Im Übrigen bin ich der Meinung ..." fühlte sich Georg Mangold erinnert. Denn es sind wohl schon Jahrzehnte, dass die Ehinger SPD die Abschaffung von Steuergeldern für die Vatertierhaltung fordert.

### Gmoidshäge (Gemeindebulle) Gmoidseber (Gemeindeeber)

Häge und Eber sind die männlichen Tiere ihrer Gattung und für den Nachwuchs im Stall väterlicherseits zuständig.

Zum einen findet die Besamung aus Gründen, die wir auch schon im Roten Fuchse darlegten, heutzutage häufig durch den "Rucksackhäge" (scherzhaft für den Tierarzt) statt, der das tiefgekühlte Sperma mitbringt und dies dem empfängnisbereiten weiblichen Tier mit der Kanüle injiziert. Dazu braucht es keine Vatertiere, die im Ort "auf Vorrat" gehalten werden müssen.

Aber auch Landwirte, die, warum auch immer, den natürlichen Deckakt (Naturprung) bevorzugen, können nur selten mit den Leistungen des einen vorhandenen Vatertiers im Ort gut bedient sein. Da gibt es meist recht unterschiedliche Vorausset-

zungen zu berücksichtigen (auch darüber haben wir schon berichtet).

Und so schrumpft nicht nur die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe seit Jahrzehnten, sondern es verringert sich gewiss auch die Zahl derer, die Bedarf an einem vom Steuerzahler massiv bezuschussten Gemeinde-Vatertier haben können.

Das Steuergeld, meinte schon unser längst verstorbener Gemeinderat Karl Schaupp, sei anderweitig gewiss besser angelegt. Warum sollen mit allgemeinen Steuermitteln die Betriebskosten einzelner weniger Wirtschaftsbetriebe weiterhin subventioniert werden?

Und so pflegt Georg Mangold eine alte Ehinger SPD-Tradition, wenn er zum Schluss seiner jährlichen Haushaltsrede jenes berühmte "Im Übrigen bin ich der Meinung ..." anführt und damit mahnt, das Geld sinnvoller auszugeben als für Gmoidshäge und Gmoidseber. / LD ■

### Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende Klärle Dorner, Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de; Fraktionsvorsitzender (Gemeinderat Ehingen) Georg Mangold, Fon 07391-5 39 05, Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende Heidi Ankner; ankner-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalgeschäftsstelle Poststraße 7, 88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de - Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587 57 87

Büroleiterin Bruni Ohrke; Bruni.Ohrke@spd.de; Regionalgeschäftsführer Ulrich Möhrle (01 51 - 17 86 47 80) - ulrich.moehrl@spd

Bürgerbüro Martin Rivoir MdL, Betreuung-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis; Söflinger Straße 145, 89077 Ul, Fon 0731/3989700, Fax 0731/3989701; Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de; Mitarbeiterin Susanne Nödinger.

Abgeordnetenbüro Hilde Mattheis MdB, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon 0 30 - (22 77 51 42),

Fax 0 30 - (22 77 67 13), hilde.mattheis@bundestag.de; Renate Mügge, Johannes Wörn (wissenschaftlicher Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB, Söflinger Straße 145; 89077 Ulm, Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21, hilde.mattheis@wk.bundestag.de; Ingo Bergmann - www.hilde-mattheis.de

Europa-Abgeordnete Evelyne Gebhardt MdEP (Künzelsau); EGebhardt.MdEP@T-Online.de; www.evelyne-gebhardt.eu  
Büroleiter Wim Buesink ■



## SPD-Berichte aus BERLIN

Hilde Mattheis MdB informiert

### Wahlkreisbesuch Altsteußlingen, Dächingen, Mündingen und Granheim

Bei ihrem Wahlkreisbesuch am 9.12.08 in den vier Gemeinden Altsteußlingen, Dächingen, Mündingen und Granheim informierte sich die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis insbesondere über die Entwicklung des ländlichen Raumes.

Die Ortsvorsteher Wolfgang Kopp aus Altsteußlingen und Alfons Köhler aus Dächingen informierten bei der ersten Station des Wahlkreisbesuches in Altsteußlingen über das reichhaltige Vereinsleben in den beiden Gemeinden. Insbesondere den Fragen zur Erbschaftssteuerreform

stand die Abgeordnete Rede und Antwort.

"Es ist sehr spannend zu sehen, mit welchem Engagement an der Verwirklichung des hiesigen Biosphärengebiets gearbeitet werde", so Mattheis. "Es bestehen verschiedene Ansätze um mit diesem Ansatz die sechs Gemeinden in dem Gebiet weiterzuentwickeln", berichtete der Ortsvorsteher von Mündingen, Winfried Wohlleb. Eine Hoffnung wird dabei in den Tourismus gesetzt. Wie Wohlleb unterstrich, ist aber gerade das Lebensgefühl in der kleinen Teilgemeinde von Ehingen ein wichtiger Bonus von Mündingen.

Das Biosphärengebiet war

auch Thema beim Gespräch mit dem Ortsvorsteher Franz Denzel in Granheim. Dort besuchte Hilde Mattheis darüber hinaus die Seniorenbetreuung Haus Granheim, sowie eine Anlage zur Herstellung von Hackschnitzeln für regenerative Energiegewinnung (Bioenergie Rapp).

Besorgt zeigte sich Mattheis über die schon heute spürbaren Auswirkungen des demografischen Wandels im ländlichen Raum. Die Verschlechterung der Infrastruktur trifft diesen besonders dramatisch. Um über Gegenmaßnahmen, wie zum Beispiel "genossenschaftlich betriebene Einkaufsläden" zu informieren, plant Mattheis Ende Februar/ Anfang März eine Veranstaltung vor Ort.



### Eine Erkenntnis, die dieser Tage vor allem in Bankenkreisen immer deutlicher wird...

Ein Mann in einem Heißluftballon hat die Orientierung verloren. Er geht tiefer und sieht eine Frau am Boden. Er sinkt noch weiter ab und ruft: "Entschuldigung, können Sie mir helfen? Ich habe einem Freund versprochen, ihn vor einer Stunde zu treffen; und ich weiß nicht wo ich bin." Die Frau am Boden antwortet: "Sie sind in einem Heißluftballon in ungefähr 10 m Höhe über Grund. Sie befinden sich auf dem 49. Grad, 28 Minuten und 11 Sekunden nördlicher Breite und 8. Grad, 28 Minuten und 58 Sekunden östlicher Länge." - "Sie müssen Ingenieurin sein" sagt der Ballonfahrer. "Bin ich", antwortet die Frau, "woher wissen Sie das?" - "Nun", sagt der Ballonfahrer, "alles was Sie mir sagten, ist technisch korrekt, aber ich habe keine Ahnung, was ich mit Ihren Informationen anfangen soll, und Fakt ist, dass ich immer noch nicht weiß, wo ich bin. Offen gesagt, waren Sie keine große Hilfe. Sie haben höchstens meine Reise noch weiter verzögert."

Die Frau antwortet: "Sie müssen im Management tätig sein." (Fortsetzung gleich rechts nebenan)

**Unsere Handschrift****- Die Bilanz der SPD-Bundestagsfraktion -****Vorwort**

Wir haben in den letzten drei Jahren viel Gutes beschlossen: Die Einführung des Elterngeldes, die Verabschiedung der Klimapakete, die Erhöhung des BAföG und des Wohngeldes, die Konsolidierung des Bundeshaushaltes, verstärkte Investitionen in Bildung und Forschung und Vieles mehr. Bei all diesen Maßnahmen war die sozialdemokratische Handschrift mehr als deutlich zu erkennen.

Und: Ohne uns Sozialdemokraten hätte die Union die Erbschaftsteuer auslaufen lassen. Wir haben durchgesetzt, dass die Erbschaftsteuer weiter erhoben wird und den Ländern weiter 4 Mrd. Euro für Investitionen in Bildung und

Forschung zur Verfügung stehen. Damit haben wir verhindert, dass die Erbschaftsteuer dasselbe Schicksal ereilt wie die Vermögensteuer.

Auch in den letzten Wochen, die von der dramatischen Zuspitzung der internationalen Finanzmarktkrise geprägt waren, war es gut, dass wir Sozialdemokraten an der Regierung entscheidend mitwirken. Mit dem Bundesfinanzminister an der Spitze haben wir innerhalb weniger Tage ein gigantisches Rettungspaket geschnürt und so die deutsche Volkswirtschaft, den Mittelstand, die Sparer und die Arbeitnehmer, vor schwerem Schaden bewahrt.

Nach dem Rettungsschirm für den Finanzmarkt war es folgerichtig, ein Maßnah-

menpaket für Beschäftigung zu schnüren. Mit diesem Paket sind wir auf einem guten Weg, die Investitionsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten und kleinere und mittlere Unternehmen zu stärken. Die Maßnahmen fördern in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen in einer Größenordnung von 50 Mrd. Euro.

Mit dieser Broschüre stellen wir einen Ausschnitt unserer Arbeit in der Großen Koalition dar. Es wird deutlich: Deutschland braucht die Sozialdemokratie an der Spitze der Regierung, auch nach 2009.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Dr. Peter Struck

Hinweis der Redaktion: Wer die gesamte 109-seitige Informationsbroschüre der SPD-Bundestagsfraktion selber nachlesen möchte, kann sie auch bei der Redaktion des Roten Fuchses anfordern: [Rotes.Fuechsle@t-online.de](mailto:Rotes.Fuechsle@t-online.de). ■



Fortsetzung: "Eine Erkenntnis, die dieser Tage ..."

"Ja," antwortet der Ballonfahrer, "aber woher wissen Sie das?" - "Nun," sagt die Frau, "Sie wissen weder, wo Sie sind, noch wohin Sie fahren. Sie sind aufgrund einer großen Menge heißer Luft in Ihre jetzige Position gekommen. Sie haben ein Versprechen gemacht, von dem Sie keine Ahnung haben, wie Sie es einhalten können und erwarten von den Leuten unter Ihnen, dass sie Ihre Probleme lösen. Tatsache ist, dass Sie nun in der gleichen Lage sind, wie vor unserem Treffen, aber merkwürdigerweise bin ich jetzt irgendwie schuld!" ■



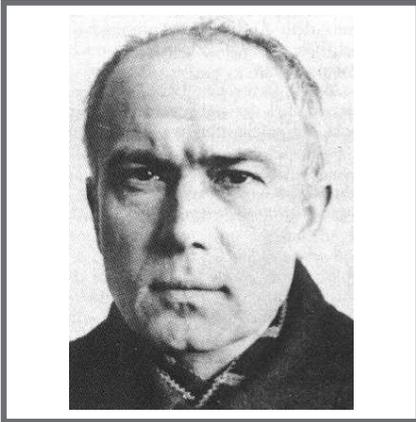
## Ehingen

Alb-Donau-Kreis  
Baden-Württemberg

### Straßennamen im Baugebiet Rosengarten (Folge 30)



## Maximilian-Kolbe-Straße



### Herkunft und Jugend

Kolbe wuchs in einer einfachen Arbeiterfamilie auf, er war der Sohn des deutschstämmigen Webers Julius Kolbe und seiner Ehefrau Maria, geb. Dabrowska. Er hatte vier Geschwister, von denen zwei an Tuberkulose starben. Der Vater arbeitete erst als Fabrikarbeiter. Danach führte er eine Buchhandlung mit religiöser Literatur. 1914 trat er in die Polnische Legion Pilsudskis ein, kämpfte gegen die russischen Besatzer und wurde dafür hingerichtet.

Kolbe, bei dem früh eine Begabung für Naturwissenschaften festgestellt wurde, war in seiner Jugendzeit sehr an der Physik interessiert; er trat dann nach einer Marienerscheinung am 4. September 1910 in den Franziskanerorden ein. 1918 wurde Maximilian Kolbe in Rom zum Priester geweiht.

### Arbeit und Wirken

Er gründete zusammen mit anderen Franziskanern die katholische Organisation Soldaten der Unbefleckten. Sie widmete sich vornehmlich der Jugend und der Pressearbeit und war durch eine starke Marienverehrung gekennzeichnet. Im Jahr 1930 bereiste Kolbe für die Missionsarbeit Japan, wo er weitere Druckhäuser und Missionsstationen gründete und auch mehrere Klöster aufbaute.

### Tod als "Märtyrer"

Im Dezember 1939 wurde Pater Kolbe mit vierzig Ordensbrüdern von der Gestapo verhaftet, aber bald wieder auf freien Fuß gesetzt. Am 14. Februar 1941 wurde er erneut festgenommen; ein Hauptgrund war, dass er in Niepokalanów 2.300 Juden und dazu noch anderen polnischen und ukrainischen, griechisch-katholischen Flüchtlingen Zuflucht gewährte.

Wenn so vieles über Kolbes Leben ziemlich unklar ist, so ist dies eine erwiesene Tatsache. Er wurde in das Warschauer Zentralgefängnis gebracht und im Mai desselben Jahres in das KZ-Lager Auschwitz-

Birkenau verlegt. Am 29.

Juli 1941 wurden zehn Leidensgenossen Kolbes als Vergeltung für die nur vermutete Flucht eines anderen Lagerinsassen (die Leiche des Insassen wurde später in der Latrine gefunden, er war dort ertrunken) zur Ermordung aussortiert.

Als einer der Männer, der Katholik Franciszek Gajowniczek, in lautes Wehklagen um sich und seine Familie ausbrach, meldete sich Kolbe bei dem Kommandanten Karl Fritsch freiwillig, um den Platz von Gajowniczek (der Frau und zwei Söhne hatte) einzunehmen, und wurde in den berüchtigten „Hungerbunker“ gesperrt.

Dort hielt er Messen mit seinen Leidensgenossen ab und ermunterte sie. Am 14. August, nach ca. zwei Wochen, wurden er und drei weitere Verurteilte, die noch nicht des Hungertodes gestorben waren, durch eine Phenolspritze umgebracht. Franciszek Gajowniczek überlebte das KZ und starb 1995.

[gekürzt; - Red.]

*Kolbe wurde von der kath. Kirche heiliggesprochen.*





Quellen: Archiv Georg Mangold, Ehingen, ergänzt um Sammlung Ludwig Dorner, Griesingen

### Ehingen in dunkler Zeit 1933-45 - ein Denkanstoß

Eine Collage aus gesammelten Zeitdokumenten und Auszügen aus seinerzeit engagiert verfassten Artikeln der Lokalpresse (Ehinger Tagblatt und Schwäbische Zeitung).

#### 16jährigen Polen am Groggensee hingerichtet – Hitlerjugend als letztes Aufgebot

Von unserem Redaktionsmitglied Ingeborg Burkhardt

EHINGEN. Seit fünfzig Jahren gibt es in Ehingen Geschichten und Geschichtchen über die Ereignisse, die sich im April 1945 zugetragen haben, kurz vor dem Eintreffen der amerikanischen Soldaten, die dem Dritten Reich ein Ende bereiteten. Akten über diese Zeit sind in Ehingen nicht auffindbar. Sie wurden beiseite geschafft oder vernichtet. Zeitzeugen haben es

bisher vielfach vorgezogen, über dieses Kapitel Ehinger Geschichte zu schweigen. Wilhelm Nabjinsky ist nicht nur Zeitzeuge, der sich erinnern kann. Der Senior ist auch bereit, darüber zu sprechen. Er will nicht länger hinnehmen, daß „in den Chroniken unserer Region und des Alb-Donau-Kreises zwölf Jahre Herrschaft und tausend Jahre Zeitgeschichte fehlen“.

#### Heftige Resonanz auf Umfrage:

### „Wollen Sie etwa kapitulieren?“

21. Jan 1984

(et) Wir hatten schon geglaubt, die Diskussion um das Für und Wider von Berichten über das dunkle Kapitel nationalsozialistischer Geschichte in Ehingen sei mit den bisherigen und bereits berichteten Ergebnissen beendet, da ging sie erst richtig los. In zahlreichen Anrufen und Zuschriften wurde und wird jetzt das EHINGER TAGBLATT gefragt, ob damit bereits das Thema als erledigt betrachtet werde. Es ist es noch nicht! Im Gegenteil: Wir bitten um Fortsetzung der Diskussion.

chen sie an verschiedenen Stellen ein und wurden dabei erwischt. Sie kamen ins Oberamtsgefängnis nach Ehingen in Haft. Auf eine Anfrage in Ulm, was zu tun sei, kam nur die lapidare Antwort, man solle mit ihnen machen was man wolle.

„Wollen Sie etwa schon kapitulieren?“ So wurde ab Montag mehr als einmal die ET-Redaktion

#### Ungern vergessen

Eigene Erinnerungen hat auch

So wurden die Häftlinge in die Wolfsgurgel geführt. Begleitet wurde der Zug aneinandergebundener Häftlinge von Ehinger

### Der Beitrag

Auf wenig Gegenliebe stieß unser gestern erschienener Beitrag über die letzten Tage des Nationalsozialismus in Ehingen. Dies läßt zumindest die Resonanz vermuten, die die ET-Redaktion zu verspüren bekam. Dazu gehörte auch der empörte Anruf einer Leserin, die zur öffentlichen Hinrichtung eines polnischen Fremdarbeiters anrief und schimpfte: „Die Russen und und Polen haben nach dem Krieg Furchtbares angestellt, für das sie sich nicht anklagen; weshalb tun wir es dann?“ Sprach's und legte auf.

Hartig reagierte auch ein Leser aus Rottenacker, der die gedruckten Erinnerungen schlicht als „Schweineerei“ empfand, die in seiner Zeitung nichts zu suchen hätten. Seine Konsequenz: Er bestellte ab. Dies mag bedauerlich sein. Dennoch meinen wir, daß Dinge deshalb nicht verschwiegen bleiben sollten, weil sie unangenehm sind und allein die Erinnerung daran schmerzt. Schließlich war „die Sache“ fast schon in Vergessenheit geraten, so daß darüber kaum noch gesprochen wurde. Und wenn doch, dann nur hinter vorgehaltener Hand und in vertrauer Umgebung – etwa am Wirtshautisch.

Dieses Lager wurde von der UNRRA für polnische Kinder eingerichtet. Es befand sich im vormaligen Lager des Reichsarbeitsdienstes im katholischen Pfarrhaus. Auch Mochental war zuvor ein Lager des Reichsarbeitsdienstes.

Das Schicksal einiger zwangsumgesiedelter und zwangseingedeutscher Elsässer hat die Schwäbische Zeitung Ehingen im Nov. 1994 ausführlich dargestellt.

#### Besuch in Dachau

So meinte eine Rißtissenerin: „Ich bin dafür, daß weiterhin darüber berichtet wird und rede auch mit meinen Kindern darüber. Wir waren bereits in Dachau, wo uns die ganze Schrecklichkeit der NS-Verbrechen erst richtig bewußt geworden ist. Ich empfehle diesen Besuch jeden, der meint, man solle die schrecklichen Dinge am besten vergessen.“



Wahlen in Hessen

## "Muss ich deutlich widersprechen"

Wilfried Schollenberger, Heidelberg  
Unternehmensberater, SPD-Mitglied, Rotes-Füchse-Leser

**Redaktionelle Vorbemerkung (LD): Beim SPD-Landesparteitag in Ehingen lernte Genosse Wilfried Schollenberger aus Heidelberg unser Rotes Füchse kennen. Er ging auf zwei unserer Themen wie folgt näher ein.**

Lieber Genosse,

erstmal vielen Dank für Euer Blatt und die Zusage in die Kurpfalz. Ich denke, wir können hier noch einiges von Euch lernen.

Aber an zwei Punkten möchte ich Dir diesmal deutlich widersprechen:

### Hessenwahlen

Du wirfst *[in der Dezemberausgabe; - Red.]* der Genossin Barbara Hendricks *[Bundesschatzmeisterin; Red.]* eine einseitige Stellungnahme zu den Vorgängen in Hessen vor:

Ich gestehe, dass ich unmittelbar nach der Wahl auch der Meinung war, ohne die FDP könnte man in Hessen keine Regierung bilden. Und ich nehme mir das Recht heraus, der Genossin Metzger (Darmstadt) vorzuwerfen, dass sie die hessische SPD zu einer Partei des Stillstands gemacht hat. Beides betrachte ich als meine Privatmeinung, und ich respektiere Genossinnen und Genossen, die das anders sehen.

Aber innerparteiliche Auseinandersetzungen müssen

offen geführt werden und vorhersehbar bleiben. Dafür hat die Mehrheit in Hessen mit zahlreichen Diskussionsforen, den Parteitagen und den Probeabstimmungen ihr Möglichstes getan. In der ganzen Zeit haben sich die drei (Frau Metzger gehört da nicht dazu) bedeckt gehalten und solidarisch gegeben. Erst als fast jeder glaubte, die Wahl von Andrea Ypsilanti sei nur noch eine Formsache, sind sie an die Öffentlichkeit gegangen und haben so der Partei in Hessen das größtmögliche Desaster beschert. Wenn das zum Normalfall des Umgangs unter Genossen wird, kann man die Partei gleich auflösen.

Ich glaube auch nicht, dass man ohne genauere Kenntnis der Situation in Hessen über das Risiko einer solchen Minderheits-Regierung spekulieren sollte. Meine Bekannten in Darmstadt haben das jedenfalls anders beurteilt - und viele andere hessische Genossinnen und Genossen auch.

### Bankenkrise

Das zweite Thema ist etwas komplizierter:

Die Geschichte mit der toten Kuh ist zwar lustig, und deshalb macht es auch nichts, wenn sie mit den realen Vorgängen nichts zu tun hat, aber unterschwellig suggeriert sie, dass diese Finanzkrise von unredlich handelnden Bankern selbst verursacht wurde, wie auch die Börsen-Crashes 2000 und 1989, und der brave Sparer und Anleger nur bescheiden bleiben müsse, dann würde ihm auch nichts passieren. Geschürt wird diese Sichtweise auch durch Banker, die vorgeben, sie hätten "selbst nicht mehr verstanden", was sie sich da ins Portfolio geholt hätten.

Technisch gesehen sind die heute problematischen Wertpapiere relativ einfach und praktisch waren sie auch jahrzehntelang erprobt. Ich lege eine Stellungnahme der Deutschen Bundesbank von 1997 bei, die das ganze aus der damaligen Sicht erklärt (CMO, Collateralized Mortgage Obligations, sind eine Sonderform der CDO). Auch die aktuelle Stellungnahme des wissenschaftlichen Diensts im Deutschen Bundestag betont: "ABS bieten Banken, aber auch anderen Unternehmen, große



Vorteile, insbesondere ermöglichen sie ein effektives Risiko- und Bilanzmanagement." (liegt ebenfalls bei).

"Unverständlich" für Banker waren vielmehr zwei andere Aspekte: Offensichtlich wurde das Rating der Papiere nicht, wie bei anderen Groß-Schuldnern üblich, regelmäßig aktualisiert. Deshalb konnte sich z.B. die Deutsche Bank rechtzeitig dieser Risiken entledigen. Und dann hat die US-amerikanische Zentralbank erst mit ihrer Zinspolitik (Leitzins von 1%) die Kreditvergabe angekurbelt und den Marktwert (damit auch den Beleihungswert) der Immobilien in die Höhe getrieben, um innerhalb von nur zwei Jahren den Leitzins zu verfünffachen und so den Preisverfall der Immobilien, und damit den Wertverfall der Sicherheiten, mit auszulösen. Ganz nebenbei wird damit auch die Refinanzierung billigen Darlehen aus den Jahren 2002 bis 2004 ausgehebelt. Das Ganze lässt sich auch als nationales "Konjunkturprogramm" auf Kosten des Finanzsystems verstehen. Die Europäische Zentralbank agiert hier dankenswerterweise viel behutsamer.

#### Was das für uns bedeutet?

In den USA hatte sich der durchschnittliche Marktwert der beliebten Häuser tatsächlich fast verdoppelt. Aber als in Deutschland die "Schrott-Immobilien"

gutgläubigen Kleinanlegern zu überhöhten Preisen als Wert-Anlage angedreht wurden ("Immobilienbesitz ohne Eigenkapital" - kurzzeitiger Werbespruch von Heinen und Biege), waren die finanzierenden Sparkassen und Bausparkassen mit von der Partie, indem sie nicht den realistischen Marktwert sondern den überhöhten Kaufpreis zur Grundlage ihrer Kreditvergabe machten. Heute sind viele Käufer ruiniert. Hätten die Gerichte dieses Verhalten als Beteiligung am Betrug gerügt, wären es die Institute - zumindest eines. Es hätte sogar gereicht, wenn die Institute nach amerikanischem Recht auf den Schrott-Immobilien als Sicherheit sitzen geblieben wären, und sich nicht aus dem Einkommen der Schuldner befriedigen könnten.

Verglichen mit den Produkten, die heute an private Anleger verkauft werden, sind die strukturierten Finanzprodukte geradezu transparent. Welcher Anleger weiß denn wirklich, wie sein Investment-Fonds zusammengesetzt ist? Welcher Fonds informiert seine Anleger, wenn er die Anlagestrategie ändert? Und das sind erst die einfachen Fälle! Was ist mit den sogenannten Dach-Fonds, Fonds, die wiederum nur Fonds kaufen? Was ist mit den Fonds-basierten Rieser-Produkten? Und dann gibt es da noch solche mit

"Kapital-Garantie". Wer hat denn eine Vorstellung davon, wie diese Garantie, dass mindestens das eingezahlte Geld wieder ausbezahlt wird, bankintern realisiert wird?

Wenn strukturierte Finanzprodukte 25 Jahre gehalten haben, und erst jetzt, ausgelöst durch die sogenannte Immobilienblase, zu Verlustbringern wurden, wie vertrauenswürdig sind dann die neuen "kapitalgedeckten" Vorsorgemodelle, wenn die demographische Entwicklung dazu führt, dass die Zahl möglicher Neukunden stagniert und später zurückgeht? Werden dann auch Milliarden Steuergelder zur Rettung der Versicherungen bereitgestellt werden?

Ich würde mir wünschen, dass sich nach der Finanzkrise die Einsicht durchsetzen würde, dass auch die "Eigen-"Vorsorge nicht dem (Kapital-)Markt überlassen werden darf. Die umlagefinanzierte Rente ist zwar nicht sicher, aber nur deshalb, weil sie von Politikern immer wieder zur Disposition gestellt wurde. Für die kapitalgedeckte Vorsorge, d.h. hier die Ersparnisse, sind dagegen alle Politiker bereit, eine Bundes-Garantie über hunderte von Milliarden abzugeben.

Anm.: Wer die im Beitrag erwähnten zusätzlichen Informationen zugemailt haben möchte, schreibe an [rotes.fuechsle@t-online.de](mailto:rotes.fuechsle@t-online.de) - Red.



# Damals im Februar

Gerhard Tessin

## **Vor 90 Jahren: (1919): Nationalversammlung in Weimar**

Die am 19. Januar gewählte Nationalversammlung konstituierte sich am 6.2. in Weimar.

Die thüringische Stadt der Dichter und Denker sollte den Geist der neuen Republik symbolisieren. Man wollte aber auch der immer noch revolutionären Stimmung in Berlin entfliehen, um in Ruhe die neue Verfassung auszuarbeiten. Zuerst musste eine Regierung gebildet werden.

Die Parteien, die sich am 19.1. zur Wahl stellten, waren fast dieselben, die schon dem kaiserlichen Reichstag angehörten\*. Die Rechten und Liberalen nannten sich um in Volksparteien, das Zentrum, die Partei des politischen Katholizismus, behielt seinen alten Namen, dessen bayrischer Ableger nannte sich Bayerische Volkspartei.

Die Sozialdemokraten verwandten bei dieser Wahl erstmals das Kürzel SPD. 10 von den 19 Parteien, die sich beteiligten, erhielten Mandate. Das Verhältniswahlrecht war übertrieben ausgelegt. Eine Fünf-

prozentklausel gab es nicht.

Das Wahlergebnis bedeutete eine Weichenstellung für die künftige Politik. Die Sozialdemokraten bekamen mit Abstand die meisten Stimmen (37,9 %), aber nicht die erhoffte absolute Mehrheit. Eine Regierungsbildung mit der USPD war wegen der vorausgegangenen Ereignisse ausgeschlossen. So kam es zu einer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum. Damit war für die SPD eine Umsetzung ihrer dem Parteiprogramm entsprechenden Aufgaben nicht möglich. Wenn sie es denn überhaupt wollte, denn sie war in den letzten Jahren für eine Arbeiterpartei verhältnismäßig konservativ geworden. Grundlegende wirtschafts- und gesellschaftliche Reformen gab es nicht. So erbrachte die Revolution dem Staat zwar eine neue Fassade (Republik statt Monarchie), aber die alten staatlichen und gesellschaftlichen Säulen, nämlich Verwaltung, Justiz, Militär, die dem neuen System ablehnend gegenüberstanden, blieben erhalten. Auch die Mehrheit des Bürgertums war im Grunde antidemokratisch.

Denn die Revolution, wenn man sie überhaupt so nennen kann, ging - anders wie etwa in Frankreich - nicht vom Volke aus, sondern war eine Reaktion von Arbeitern und Soldaten auf die Kriegsniederlage. Die SPD-Führung machte es sich zur Aufgabe, das bisher Erreichte, nämlich die Republik und die parlamentarische Demokratie zu erhalten. Dazu bediente sie sich der alten Mächte, die quasi als Gegenleistung ihre Stellung auch in der neuen Staatsform behaupten konnten.

Die Abgeordneten wählten am 11.2. Friedrich Ebert (SPD) mit 277 von 379 Stimmen zum Reichspräsidenten als Staatsoberhaupt. Zwei Tage später wurde Philipp Scheidemann (SPD) zum Reichskanzler der Republik gewählt. Er stand an der Spitze einer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP. Die Ausarbeitung einer Verfassung war nun die Hauptaufgabe des Parlaments.

Während in Weimar die Verfassung entstand, tobten im Reich immer noch Aufstände von Kommunisten und Spartakisten und auch Unabhängigen Sozialisten. Vielerorts bildeten sich Räteherrschaften. An Massenstreiks betei-



ligten sich hunderttausende Arbeiter. Über viele Städte wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Mehrzahl der aufständischen Arbeiter teilten keineswegs alle Ansichten der Linksradiكالen. Sie wollten aber auch gesellschaftliche Veränderungen und empfanden die Zusammenarbeit der SPD als Verrat. Vor allem empörte sie die enorme Brutalität der von der Regierung eingesetzten Truppen.

Die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren nur der Auftakt einer Reihe zahlloser politischer Attentate. Mord als politisches Mittel, hauptsächlich verübt von Rechtsradikalen an unlieb-samen - nicht nur, aber vor allem - linken Politikern. Die Mörder betrachteten ihre Taten als legitim und ehrenwert, begleitet von oftmals offenem Jubel bürgerlicher Kreise. Mit der Milde der Justiz konnten sie allemal rechnen.

Am 21.2. erschoss der nationalistische Student Graf Arco-Valley den bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner. Als Folge dieser Tat entsteht eine revolutionäre Welle, deren Führer im April die Räterepublik Bayern ausrufen. Diese wurde im Mai durch Heeresminister Noskes Truppen mit brutaler Gewaltanwendung niedergeworfen. Auch in den anderen Landesteilen des Reiches brach die Revolution im Kugelha-gel der Freikorps

zusammen. Damit war im gesamten Reich vorerst Ruhe und Ordnung, sowie die Autorität der Regierung wieder hergestellt. Doch um welchen Preis! Über zweitausend Menschen wurden bei den Unruhen getötet. Und nur mit Hilfe erzkonservativer Kräfte konnte die SPD die gegründete Republik verteidigen. Doch die Geister, die sie rief, wurde sie fortan nicht mehr los.

Und die nächste Belastung für die neue Regierung kündigte sich an. Seit 18. Januar tagten in Paris die Sieger des Weltkriegs zur Vorbereitung eines Friedensvertrages. Vertreter der unterlegenen Staaten waren nicht beteiligt. Das ließ nichts Gutes ahnen. Aber selbst die schlimmsten Befürchtungen hinsichtlich der Friedensbedingungen sollten noch übertroffen werden ...

\*Die großen Parteien, ihre Wahlergebnisse und ihre Bedeutung zu Beginn der Weimarer Republik:

- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), 37,9 %; Gründung 1869; Vorsitzender: Friedrich Ebert; Ziele: Demokratischer Sozialismus und grundlegende Reformen des kapitalistischen Wirtschaftslebens. Schutz und Verteidigung der Demokratie gegen Feinde von links und rechts. Obwohl hauptsächlich Arbeiterpartei, entstammte etwa ein Drittel ihrer Mitglieder dem bürgerlichen

Lager. Sie war besonders in den Anfangsjahren der Republik die staatstragende Partei. Ihre Führung irrte aber in dem Glauben, dass von den Kommunisten eine größere Bedrohung für sie und die Republik ausginge als von den Gegnern auf der Rechten und sie scheute den offenen und konsequenten Kampf mit der Reaktion. Aus dem "Bruderkampf" der Linken ging letztendlich die Rechte als Sieger hervor.

- Unabhängige Sozialdemokraten (USPD), 7,6 %; Gründung 6.4.1917 (Abspaltung aus SPD) von Gegnern der mehrheitssozialdemokratischen Kriegspolitik; Vorsitzender: Hugo Haase; Ziele: Rätensystem, Vergesellschaftung von Kapital und Großgrundbesitz, Bildung und Erziehungswesen. Die Partei wurde durch Fraktionskämpfe zerrissen. Der linke Flügel (ein großer Teil) vereinigte sich 1920 mit der KPD. Der gemäßigte Restbestand vereinigte sich 1922 wieder mit der SPD.
- Zentrum (in Bayern Bayerische Volkspartei), 19,7 %; Gründung 1870 als katholisch-föderalistische Opposition gegen Bismarck; Vorsitzender: Karl Trimborn. Das Zentrum stand für die Sicherung der bürgerlichen Freiheit im Rahmen christlicher Grundsätze und für die Erhaltung der Privatwirtschaft. Ein engagiertes Bekenntnis zur neuen Staatsform fehlte allerdings in weiten Teilen der Partei, vor allem in ihrem bayerischem Ableger BVP. Die war anti-gewerkschaftlich und anti-preußisch. Die Beteiligung von "Sozis" und Gewerkschaften am politischen



Klara Dörner

## Notizen aus der Kreistagsarbeit

### Neu in Echingen: Sozialwissenschaftliches Gymnasium

**Wieder wurde eine Lücke im derzeitigen Bildungssystem geschlossen und damit ein kleiner Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit geleistet.**

Vor einigen Monaten beschlossen wir im Kreistag bei Enthaltung der GRÜNEN den Neubau der Magdalena-Neff-Schule in Echingen.

Damals entstand eine größere Diskussion darüber, ob es angesichts des demographischen Wandels zu verantworten sei, einen solch großen Schulkomplex neu zu erstellen. Damals befürwortete ich den Neubau mit der Begründung, dass sich gerade bei den Dienstleistungen — vor allem im sozial-pflegerischen Bereich — angesichts der demographischen Entwicklung völlig neue Berufsbilder entwickeln werden.

Ich dachte damals noch nicht einmal im Traum an die Einrichtung eines Sozialwissenschaftlichen Gymnasiums. Umso mehr freuten wir uns, dass der Alb-Donau-Kreis das Angebot des Kultusministeriums bekam, ein solches Gym-

nasium in Echingen einzurichten. Dafür sagen wir Danke!

Damit wird vor allem für Realschüler/-innen und für besonders begabte Werkrealschüler/-innen ein weiteres Schulangebot geschaffen, das die jungen Menschen optimal für sozialwissenschaftliche Berufsfelder vorbereitet. Somit wird mit diesem dritten beruflichen Gymnasium eine wesentliche Lücke im Schulangebot des Alb-Donau-Kreises geschlossen.

Ich bin überzeugt, dass Eltern und Lehrkräfte, zumindest solange das derzeitige dreigliedrige Schulsystem in Baden-Württemberg beibehalten wird, dieses Angebot als eine Bereicherung und als ein Stück mehr Chancengerechtigkeit empfinden werden.

Ein kleiner Wermutstropfen ist natürlich auch diesmal wieder dabei - wie damals bei der Einrichtung des Wirtschafts-

gymnasiums:

Die Magdalena-Neff-Schule darf dadurch insgesamt nicht größer werden. Das heißt, es müssen dafür drei bisher vorhandene Klassen entfallen.

Wie Schulleiterin Frau Oberstudiendirektorin Dr. Claudia Simon-Kuhlendahl auf meine Nachfrage versicherte, werden die Schüler/-innen der einjährigen Berufsfachschule Sozialpflege in einer ähnlich strukturierten Klasse zusammengefasst werden können.

Diese dürfte dann freilich künftig viel größer sein, was für den Lernfortschritt gerade dieser Schülergruppe besonders hinderlich wäre.

Die Forderung: "Lasst die Kinder doch einfach — wie sonst auf der Welt auch — gemeinsam länger lernen,.." würde übrigens die Einrichtung dieser Schule trotzdem nicht überflüssig machen. ■



■■■ Fortsetzung von Seite 11

Leben war für diese nur schwer zu ertragen.

- Die Deutsche Demokratische Partei (DDP), 18,5 %; gegründet am 20.11.1918 als Nachfolgerin vor allem der fortschrittlichen Volkspartei von 1910. war mit ihrem Vorsitzenden Friedrich Naumann eine Sammlung des politischen Liberalismus. Sie trat ein für ein parlamentarisches Regierungssystem, die Beibehaltung der Privatwirtschaft, allerdings auch für die soziale Bindung des Eigentums und die Mitwirkung der Arbeitnehmer im Betrieb.
- Die Deutsche Volkspartei (DVP), 4,4 %, gegründet 15.12.1918 war die Nachfolgerin der Nationalliberalen (gegr. 1866/67). Sie setzte sich für die Kräftigung des handwerklichen und bäuerlichen Mittelstandes und die Sicherung der leitenden Stellung der Unternehmer ein. Parteivorsitzender war Gustav Stresemann.
- Unter dem Namen Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP), 10,3 %, sammelte sich die politische Rechte (24.11.1918) als Nachfolgerin der konservativen Parteien des Kaiserreichs, gegr. 1866/67, und des rechten Flügels der Nationalliberalen. Dazu stießen antisemitische Vertreter des alten und neuen Mittelstandes und Teile der kirchlich gebundenen Arbeiterschaft. Sie lehnte

die Republik ab und wollte die Erneuerung des Kaisertums. Bekämpfung sozialistisch-kommunistischer Tendenzen und Zurückdrängen von jüdischem Einfluss in Wirtschaft und Politik gehörte ebenso zum Programm. Großen Einfluss in dieser Partei hatten die westdeutschen Industriellen und die ostelbischen Großagrarien (Junker). Die Basis bildeten nationalistisch eingestellte Angehörige der Mittelschicht.

- Die zwei extremen Parteien, die sich zu Jahresbeginn bildeten und gegen ein parlamentarisches System waren, nahmen an der Wahl zur Nationalversammlung noch nicht teil, "etablierten" sich aber bald in der Weimarer Parteienlandschaft:

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Gründung aus Unabhängigen Sozialisten und Spartakisten. Ziele: Diktatur des Proletariats, sozialistisches Räte-System und Planwirtschaft. Paul Levi, nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Vorsitzender, brach gut zwei Jahre später mit der Partei und kehrte zur Sozialdemokratie zurück.

Die Deutsche Arbeiterpartei (DAP) als Vorläuferin der NSDAP bekämpfte die parlamentarische Demokratie. Die späteren

Nationalsozialisten bedienten sich gerne der Möglichkeiten dieses demokratischen Systems. Programm und Ziele: Übernahme des Staates und dessen totale Umstrukturierung; Schaffung eines "Großdeutschen (Dritten) Reiches"; Antisemitismus.

Noch einige Anmerkungen zur Wahl: Zur Urne gingen 30,4 Millionen, das waren 83 % der Wahlberechtigten (jeder deutsche Bürger ab dem 20. Lebensjahr). 54 % der Wahlberechtigten waren Frauen.

---

**Frauen durften zum ersten Mal wählen und gaben in erster Linie dem Zentrum und deren bayrischer Schwester BVP sowie anderen bürgerlichen Parteien ihre Stimme, also den bisherigen Bremsern in Sachen Frauenwahlrecht.**

---

Provokant und hypothetisch: Vielleicht würde die Geschichte einen anderen Verlauf genommen haben, wenn die Frauen mehrheitlich ihre Stimme anders vergeben hätten, nämlich an die, die sich schon seit Jahrzehnten für ihr Wahlrecht eingesetzt und es jetzt federführend ermöglicht hatten.

Im selben Zeitraum fanden auch Wahlen für die Landtage statt. Die SPD wurde auch in allen Länderparlamenten stärkste Kraft, sogar in Württemberg (damals noch ohne Baden) mit 35,4 %. Zu einer absoluten Mehrheit reichte es aber nirgendwo. ■



Er stand vor  
10 Jahren  
im Roten Fuchse

### **Premiere: Die Rede zum Haushalt 1999**

Sie wurde von Georg Mangold gehalten und steht abgedruckt im Roten Fuchse. Er befasst sich unter anderem mit folgenden Themen (hier in Stichworten):

- Elf Monate zuvor hatte er das Amt des Fraktionssprechers übernommen.
- Und gleich zwei städtische Haushaltspläne waren zu verabschieden gewesen: Einer noch mit Verspätung, wie zuvor immer jahrelang, und der andere, der neue, jetzt wenigstens zu Beginn des Haushaltsjahres. Georg Mangold: "Damit haben Sie, Herr Bürgermeister Baumann, eine uralte Forderung der SPD-Fraktion erfüllt, dass ein Plan wirklich ein Plan und nicht ein Nachtrag ist. Allein schon dafür gebührt Ihnen unser Dank."

*(Inzwischen werden - großes Lob! - die Pläne längst immer schon im Herbst des Vorjahres beraten und beschlossen. - Red.)*

- "Tolle Leistung" des Liegenschaftsamts "mit Herrn Glatthaar ... bei den Grundstücksgeschäften für die Erweiterung der Firma Liebherr." Weiter spricht Georg Mangold in diesem Zusammenhang von Knochenarbeit und Fingerspitzengefühl.
- Die SPD-Bitte vom März dieses Jahres [1998], "den Vorbericht schon bei den Vorberatungen vorzulegen, wurde erfüllt und hat uns die Arbeit erleichtert."
- "... können wir von einem sinnvollen Handlungsspielraum im Haushalt der Stadt Ehingen ausgehen."
- Er mahnte die Sanierung des Burghofs an, sinnvolle Nutzung für das alte Schulhaus in Mundingen, Allwettersportplatz "im Gollenäcker", Erweiterung des Rathauses, Neuregelung des Feuerwehrrandortes,
- Fazit: "... dass die SPD-Fraktion in diesem Jahr dem Haushalt geschlossen zustimmen wird."

### **Zweifel an den Segnungen der Privatisierung**

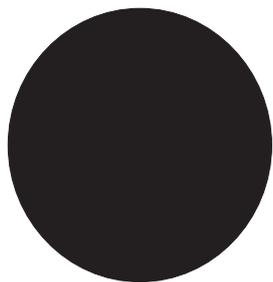
Ob die Privatisierung von Bahn und Post wirklich die versprochenen Vorteile bringe, wurde bezweifelt. Schon würden sich die Ulmer Metzgermeister vehement gegen die geplante Privatisierung des Ulmer Schlachthofs wehren.

### **Doppelte Staatsangehörigkeit**

Sie bewegte vor 10 Jahren die Gemüter. 's Rote Fuchse beschäftigte sich in mehreren Beiträgen damit. Textauszug: Mal angenommen, ich wäre indischer Oberarzt an einer deutschen Klinik, wäre seit 20 Jahren erfolgreich in Deutschland tätig, und lese dann im öffentlichen WC "Ausländer raus!" oder "Kanakenschweine", dann würden mich auch Zweifel befallen, ob ich meinen alten Pass hergeben soll gegen einen deutschen.

### **Anstand**

Klärle Dorner beklagt heftig fehlenden politischen und menschlichen Anstand bei der Jahreshauptversammlung des Kreisbauernverbands Ehingen vom 8. Januar 1999. ■



# Der Diens- Tags- Treff



**Protokoll vom  
13. Januar 2009**

**Dieter Volgnandt**

Es war ja ein Dienstagstreff im Januar, also zu einem Zeitpunkt, an dem das kalte, neue Jahr sich noch nicht so recht in die Gemüter der Menschen hineingeschlichen hat. Das heißt, man hing innerlich vereist noch irgendwie so zwischen den Jahren, weshalb an diesem Abend der kleinere Tisch im kleineren Saal Platz genug für alle bot.

Außer dem Kassenbericht, der, wie war es bei unserem Kassenwart auch anders zu erwarten, vollständig korrekt ausfiel, standen die bevorstehenden Kommunalwahlen und die Kandidatenliste auf der Tagesordnung, was wiederum der Berichterstattung darüber zur gebotenen Kürze verhilft.

Zum einen würde auch der ausgefuchsteste Finanz-

controller in Gerhards magerem Sparbuch kein einziges auch noch so winziges Löchlein entdecken. Da war alles korrekt bis auf die Knochen und stellte somit keinen Platz für investigatives Berichten dar.

Zum anderen war dieses endlose Abklopfen der Namens- und Mitgliederlisten nach Freiwilligen auch nicht gerade das Highlight, zudem eben Namen in einem OV zumindest nur erscheinen dürfen, wenn die dahinter stehenden Personen auch zur Verfügung stehen. So also haben wir noch bis Gründonnerstag ein bisschen Zeit, da aber muss die Wahlliste sicher stehen. Aber das tut sie ja schon zur Nominierungsversammlung, die wir am 20. März im Schwanen ab 19 Uhr abhalten werden.

Vorher treffen wir uns aber am 3. Februar wieder zu unserem Dienstagstreff und da ist dann hoffentlich das Wetter schon ein bisschen besser, so dass einem das Bier auch wieder schmeckt, weil man sich auf den Sommer und das tolle Wahljahr freut, bei dem es für uns Sozialdemokraten ganz viel zu holen gibt.

Das war's.

Nein, noch nicht ganz: Hilde gilt es noch lobend zu erwähnen. Sie hat unseren Schulen, das heißt dem Johann-Vanotti-Gymnasium und der Magdalena-Neff-Schule am Donnerstag einen Besuch gestattet. Leider konnte sie aufgrund eigener dienstlicher Verpflichtungen keiner von uns begleiten. Aber Hilde schafft das auch ohne uns. ■

## **Sich als Kandidat/-in zur Verfügung stellen ...**

Ich? Warum gerade ich? Da gibt es doch bestimmt genug andere, die sich darum reißen, oder? Die machen es doch schon viele Jahre und wissen, wie sowas geht. Und überhaupt, so viel kriegt die SPD hier ja gar keine Sitze im Gemeinderat. Da muss doch mein Name nicht auch noch auf der Kandidatenliste stehen ...

Wer so denkt, ist noch nicht genug informiert: a) Es gibt keineswegs "genug andere". b) Um ein Gemeinderatsmandat reißen tut sich bei uns niemand. c) Diejenigen wenigen, die es schon lange Jahre machen, tun es nicht, weil sie auf Erbhöfen hocken wollen. Sie tun es, weil sie sich für die Allgemeinheit engagieren. d) Viele Wähler/-innen geben unveränderte Stimmzettel ab. Hätte eine Partei 5 Namen darauf stehen, gäbe es für diese Partei nur 5 Stimmen. Hat diese Partei aber 32 Namen darauf, zählen auch 32 Stimmen für diese Partei. Also je voller die Liste mit Namen, desto besser für diese Partei. Und: Demokratie lebt vom Mitmachen ...  
LD ■



Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. (Grundgesetz Artikel 21)

's Rote Füchsele hat wieder seine Leserschaft\* gefragt, was sie von aktuellen Fragen hält.



## (R)umgefragt



\*Lust mitzumachen, auch wenn du auswärts wohnst?  
Einfach E-Mail an [Rotes.Fuechsle@t-online.de](mailto:Rotes.Fuechsle@t-online.de)

# 1

In Kindergarten und Grundschule sind Kinder aller Begabungen beieinander. Erzieher/-innen und Lehrkräfte haben es studiert und gelernt, dabei zu differenzieren: Kinder mit schneller Auffassungsgabe bekommen mehr Lernstoff geboten, den Schwächeren hilft man durch stützende Maßnahmen. Das ist Alltag. Ein wichtiger Vorteil: die "Guten" sind Ansporn und "Anreger" für die Schwächeren. Andersherum gesagt: Wenn die "Zugpferde" plötzlich fehlen, werden die Schwächeren noch schwächer, als sie es zuvor waren. Kann das gewollt sein? Trotzdem wird nach Klasse 4 in Haupt- (künftig Werkreal-), Realschule und Gymnasium geteilt. Viele Bundesländer und fast ganz Europa lassen die Schüler/-innen bis zum 10. Schuljahr weitgehend beieinander. Natürlich wird dann wie schon in Kita und Grundschule zwischen den Einzelnen differenziert - mit hoher Durchlässigkeit in allen Richtungen. Wer in Mathe gut ist, muss darin ja nicht insgesamt zu den Schwächeren eingeteilt werden, nur weil es in der Fremdsprache nicht ganz so gut läuft. Müssten wir nicht endlich auch zur Gesamtschule bis zum 10. Schuljahr übergehen - wie (fast) der gesamte Rest der Welt?

### Elisabeth Couvigny-Erb, Blaustein, Gemeinderätin

..... müssten wir schon! Nur das Durchsetzen ist ohne Mehrheit schwierig. Und leider ist die derzeit weit von der SPD entfernt.

### Klärle Dorner, Kreisrätin, OV-Vorsitzende

Eigentlich steht die Antwort schon fast vollständig in der Fragestellung. Hier nur noch ein paar Bemerkungen dazu: Als überwiegend in der Grundschule unterrichtende Lehrerin kann ich nur bestätigen, dass Zugpferde in der Klasse notwendig sind. Allerdings - und das gilt für die bisherige Grundschule und würde auch für das "gemeinsam länger Lernen" gelten; - Man braucht sehr viel Fingerspitzengefühl sowohl als Lehrkraft wie auch als Eltern, um die gefühlte soziale Kluft zwischen den Kindern

nicht so groß werden zu lassen, dass sich die einen langweilen oder gar in ihrer Entwicklung behindert und gehindert werden - und die andern sich ständig als die Versager fühlen müssen, weil sie überfordert werden.

Das geht, das geht sogar sehr gut, wenn man sich in seiner Grundeinstellung darauf einlässt.

Gesellschaftspolitisch hieße das aber, "wir lassen Keinen zurück!" Und ob das die Mehrheit in unserem Bundesland will, da bin ich mir nicht so sicher.

Aber wir werden bald selbst merken, dass wir uns es nicht (mehr) leisten können, unsere Kinder und Jugendlichen durch diese sehr frühe Selektion in sogenannte Fortkommer und Versager einzuteilen. Das heißt nicht, dass unsere HauptschülerInnen sich dann zu Versagern entwickeln - es

gibt genügend positive Beispiele, wie sich die Jugendlichen dann erst richtig entwickeln.

Nein, weil wir in der Grundschule spätestens ab Klasse 3 auf die Selektion hinsteuern (müssen), bleiben viele Kinder da schon unter ihrem Leistungs niveau. Diese fühlen oft erst in der Hauptschule ganz langsam, dass sie auch etwas können.

Ich meine aber, es dürfte erst gar nicht zu dieser traurigen Erfahrung kommen. Unsere Jugendlichen spüren sehr genau - ob für sie in "dieser Gesellschaft" noch Platz ist. Und "nicht gebraucht zu werden" führt dann leider zu oft entweder in Resignation oder in Radikalisierung - sowohl nach rechts wie nach links. Es ist also höchste Zeit, dass wir endlich unsere



Kinder gemeinsam länger lernen lassen - und zwar alle!

**Stefan Enderle,  
Redaktionsmitglied**

Auf jeden Fall wäre es sinnvoll, die Kinder bis zum Ende der 7. Klasse, evtl. auch bis Ende der 10. Klasse, beieinander zu lassen und ein einheitliches Grundwissen zu vermitteln.

Dieses wird leider vor allem in konservativen Kreisen nicht gewünscht. Das Kapital will dem "einfachen" Bürger keine Bildung und Aufstiegschance vermitteln. Grundgesetz hin oder her, die elitären Cliquen wollen unter sich bleiben, was mit Studiengebühren fortgeführt wird.

**Bärbel Griesinger,  
Ortsvereinsmitglied**

Gerade jetzt - bei stetig rückläufigen Schülerzahlen und bei blamablen Pisaergebnissen - wäre der absolut richtige Zeitpunkt für eine dringend notwendige Schulreform. Das müsste wie ein kleineres Erdbeben erfolgen!

Flächendeckend gut geführte Gesamtschulen bis zur 10. Klasse sind allein schon wegen der sozialen Komponente mehr als wünschenswert.

Leider ist dieser Schritt für Baden-Württemberg momentan viel zu gewaltig. Deshalb würde ich mich schon über die Einführung einer kleineren Variante (= 6 Grundschuljahre) in unserem Bundesland freuen.

**Karl-Heinz Irgang, Blaubauern-Gerhausen, Stadtrat**

Der Vorspann zur Frage des

Chefredakteurs Ludwig liefert die wesentlichen Begründungen für ein JA ES WIRD ALLERHÖCHSTE ZEIT!

**Gerhard Müller,  
Ortsvereins-Kassier**

Baden-Württemberg ist zwar das Land der Tüftler und Denker, aber trotzdem sollten wir nicht das Rad (schon wieder) neu erfinden. Vielleicht sollte unser Kultusminister mal über seinen Tellerand hinaus schauen, dann würde er sehen, dass es mit der Gesamtschule bis zum 10. Schuljahr in vielen Ländern funktioniert.

Oder ist ihm der Teller zu groß?

**Joachim Schmucker,  
Stadtrat**

Ein ganz entschiedenes JA! Die Frage enthält schon die ganze Begründung für mein JA. Was bleibt mir da noch zu sagen bzw. zu schreiben?

**Wolf-Rüdiger Stummer,  
Stadtrat**

Eine Gesamtschule bis zum 10. Schuljahr ist schon längst überfällig!

Habe mich schon als Landtagskandidat in meinen zwei vergangenen Landtagswahlkämpfen voll für eine 10-jährige Gesamtschule eingesetzt!

**Gerhard Tessin,  
Redaktionsmitglied**

Natürlich müssten wir das. Es wird aber noch einige Zeit dauern, bis der Beton in den Köpfen der CDU/CSU-Bildungspolitiker bröckelt. Es darf nicht sein, dass den Grundschulen jährlich aus egoistischen

Gründen Potenzial entzogen wird.

**Dieter Volgnandt,  
Redaktionsmitglied**

Ich wollte und will nicht gegen Hauptschule bzw. ihre Lehrer an sich polemisieren, sondern gegen die Politik der Regierung, und dass sich die SPD-Opposition ganz opportunistisch gleich mit auf den falschen Sattel schwingt.

Unser Ziel kann nur lauten: ein einheitliches Schulsystem bis zur 8. (eventuell sogar 9.) Klasse, in das sogar die bisher ausgegrenzten Kinder der Sonder- und Förderschulen einbezogen werden.

(In den KOOP<sup>1</sup>-Klassen haben wir sie ja dann eh wieder gemeinsam.) Aufbaud darauf können dann alle weiteren Abschlüsse schulischer und beruflicher Art erzielt werden. Es wäre ganz und gar sinnlos, wenn sich nun auch noch Berufliche Schulen und Hauptschulen in eine Konkurrenz- und Ausschluss-situation hinein manövrieren ließen.

<sup>1</sup> KOOP-Klassen (Koop von Kooperation, Zusammenarbeit); eine Einrichtung, damit Hauptschüler/-innen in zweijähriger Zusammenarbeit zwischen Hauptschule und Berufsschule nach 10 Schuljahren berufliche Vorerfahrungen und zugleich einen Hauptschulabschluss erwerben können. ('s Rote Füchsele berichtete) ■

**Leserpost**

Ich habe 's Rote Füchsele wieder mit großem Interesse gelesen.

Wolfgang Engelberger

Ravensburg

Lehrer, SPD-Stadtrat, Kabarettist (mit Manfred Hepperle), Rotes-Füchsele-Leser





2

**(R)umgefragt — Frage 2**

Banken haben ein weltweites Riesenproblem angerichtet - ob aus Dummheit oder aus nackter Geldgier. Sollen Otto und Ottilie Normalverbraucher den Geldinstituten weiterhin ihr sauer Ersparnis anvertrauen - oder ist ihr Geld unter der Matratze womöglich sicherer?

**Elisabeth Couvigny-Erb,  
Blaustein, Gemeinderätin**

Die Matratze wäre der Dummheit und der Geldgier noch eins draufgesetzt! Und sicher ist es dort ganz sicher nicht.

Eine saubere Anlage ohne Spekulation und Gier ist vorzuziehen und immer noch empfehlenswert.

**Klärle Dorner, Kreisrätin,  
OV-Vorsitzende**

Unter der Matratze oder im Keller oder ... wäre blanker Unsinn. Wenn alle ihr Geld bei den Banken holten, wäre ein weltweiter Zusammenbruch unabschätzbaren Ausmaßes nicht zu vermeiden. Aber das gegenseitige Vertrauen muss wieder aufgebaut werden, sonst kann unser Wirtschaft- und Gesellschaftssystem nicht bestehen.

**Werner Dorst, Dipl.-Finanzwirt (FH), Ehingen, Leser**

Zunächst einmal ist das Geld bei einigen Banken sicher. Dazu gehören die Sparkassen in Deutschland. Allerdings ist bei jeder Bank auch sicher, dass man ständig an Kaufkraft verliert, da Inflation und Abgeltungssteuer zusammen sehr am Wert nagen. Eine Rendite unter 10 % führt nicht wirklich zu einer Vermögensmehrung. Beispiel: 6 % Zins - 30 % Abgeltungssteuer (25 % plus Solidaritätszuschlag und evtl. Kirchensteuer) - 3% Inflation lässt die Rendite auf

1,2 % schrumpfen.

Bei weniger als 6 % Zins tendiert der verbleibende Ertrag gegen Null.

**Stefan Enderle,  
Redaktionsmitglied**

Hier ist es das gleiche wie mit der Bildung, wenn jeder Millionär wäre, hätte das Großkapital ja keine Ausnahmestellung mehr.

Also muss das Geld der "Kleinen Leute" vernichtet werden, damit die "Großen" groß bleiben.

Nur dumm, wenn's dann auch mal einen von denen erwischt (z. B. Fa. Merckle). Dann soll plötzlich der Staat stützend eingreifen und zahlen. Also zahlt die Zeche doch wieder der "Kleine Mann".

Aus dieser Situation heraus entstanden früher Genossenschaften, aber leider haben die Vorstände dieser Genossenschaften inzwischen die gleiche Denke wie die restlichen Raffkes von Banken.

Das Finanzgebaren so mancher kleinen Bank ihren Mitgliedern gegenüber ist leider in der Zwischenzeit nicht mehr viel besser als das der Deutschen Bank zur Zeit des 3. Reiches gegenüber den Juden.

**Bärbel Griesinger,  
Ortsvereinsmitglied**

Da gilt für uns als Verbraucher der ewig gleiche Grundsatz: Kritisch und bewusst agieren und konsumieren!

Für seriöse Banken gilt nach

wie vor, dass sie mit den ihnen anvertrauten Geldern "anständig und vertrauensvoll" umzugehen haben.

**Karl-Heinz Irgang, Blaubeuren-Gerhausen, Stadtrat**

Es ist sicher richtig, Finanzjongleure nicht mit seriösen Bankgeschäften zu verwechseln. Letztere gibt es immer noch in absolut ausreichender Anzahl.

Die Matratze in großem Stil angewandt würde letztlich das Desaster so verschärfen, dass der Inhalt auch nur noch auf der Toilette zu gebrauchen wäre. Richtig ist aber auch, mehr denn je Augen auf bei Beratungsleistungen. Vor allem zum Wochen-, Monats- oder Jahresende hin, da spielen gerne auch aktuelle Zielerreichungen auf Seiten der beratenden Person eine Rolle.

**Gerhard Müller,  
Ortsvereins-Kassier**

Otto Normalverbraucher legt sein Geld meistens auf Sparkonten an. Ob sich das in Zukunft noch lohnt, ist bei der Besteuerung und den niedrigen Sparzinsen doch sehr fraglich. Zumindest wäre das Kapital unter dem Kopfkissen sicher und könnte nicht von den Banken verzockt werden. Denn wenn es tatsächlich zum ganz großen Crash kommt, dann nützt auch die Sicherheitsgarantie bis 20.000 Euro nichts. Und glauben kannst Du in der Kirche, aber nicht im Geldinstitut.

Aber nehmen wir es mit



Humor: Zwei treffen sich. Sagt der Eine: Was machst Du mit Deinem Geld in diesen unsicheren Zeiten? Sagt der Andere: Ich weiß nicht, was ich machen soll. Sagt der Eine: Mach es wie ich und leg es unters Kopfkissen. Sagt der Andere: So hoch kann ich nicht schlafen.

**Joachim Schmucker,  
Stadtrat**

Es gibt ja noch Genossenschaftsbanken und Sparkassen, die auch anders, öffentlicher kontrolliert werden. Mein Vertrauen in diese Institute war eigentlich nie erschüttert. Vielleicht profitieren diese Einrichtungen von der ganzen Malaise, was ich

ihnen wünschen würde. Und die Europa-Pappnasen, denen unsere Sparkassen ein Dorn im freien Markt waren, werden hoffentlich für den Rest ihres Lebens den Mund halten!

**Wolf-Rüdiger Stummer,  
Stadtrat**

Es gibt in Deutschland Gott sei Dank zwei Arten von Banken:

1. Die Großbanken, die oft ohne Rücksicht auf ihr Kundenklientel mit deren Einlagen richtiggehend mit diesem ihnen anvertrauten Geld auf Teufel komm raus, zocken.
2. Es gibt aber auch noch die Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Hier wird

mit den anvertrauten Kunden-Einlagen in der Regel vernünftig umgegangen!

**Gerhard Tessin,  
Redaktionsmitglied**

Zu den geldgierigen Geschäften gehören immer zwei Parteien, also auch Kunden, die in Erwartung einer großen Geldvermehrung oft ihren Bestand ausschalten. Otto und Otilie sollten ihr Erspartes trotz allem der Bank anvertrauen, wenn's auch nur mickrige Zinsen gibt. Immer noch sicherer als unter der Matratze. Oder schnellstens konsumieren. Frau Merkel würde sich sehr freuen. ■

Krieg im Gaza-Streifen

## Krieg ist Wahnsinn

Ludwig Dorner

**Krieg ist immer Wahnsinn. Um es gleich vorweg zu sagen: Ich dreh die Hand nicht rum!**

Auf beiden Seiten hören wir Begründungen, und auf beiden Seiten hören wir Schuldzuweisungen. Und auf beiden Seiten sterben Menschen, kämpfen Ärzte und Sanitäter bis zum Umfallen um das Leben von Verletzten.

Und auf beiden Seiten leiden Kinder und werden für ihr Leben zumindest seelisch geschädigt.

Hass für künftige Generationen ist vorprogrammiert.

Die einen schießen ihre Raketen wahllos in Wohnhäuser, Kindergärten, Altenheime. Und die anderen knallen Menschen ab, die in UN-Schulen Schutz gesucht

hatten. Oder sie beschießen UNO-LKW und UNO-Lager voller Hilfsgüter.

Die einen steigern sich auf den Straßen zu Orgien fanatisch hinausgeschrieenen Hasses. Die anderen - teils scheinbar kühler, besonnener - kennen auch keine Gnade und sehen das Böse nur auf der anderen Seite.

Warum kann man sich wegen eines Zipfelchens Land von der Flächengröße Stuttgarts nicht irgendwie arrangieren? Warum muss es immer Kriegstreiber geben? Hassschürer? Wo sind in der Bevölkerung beider Seiten diejenigen, die jetzt darunter leiden, als es darum gegangen wäre, endlich Ruhe

einkehren zu lassen? Haben sie Hass gebremst und Kontakte versucht? Haben sie die Raketenwerfer aus ihren Wohnvierteln verbannt? Sie hätten lange Zeit dazu gehabt - Jahrzehnte!

Wer schon seine Kinder mit Plastik-MPs und Kommissklamotten ausstaffiert, will keinen Frieden! Der will Terror! Nun haben sie ihn wieder mal - und jetzt ist das Geschrei groß, ja, und die Not auch.

Aber Schuld? Wer trägt sie? Wer stichelt und piesackt mehr? Wer "missbraucht" seine Kinder mehr?

Wie gesagt, ich dreh die Hand nicht rum. ■



**SPD**

**FRANZ MÜNTEFERING**

Vorsitzender der  
Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands

An den  
SPD-Ortsverein Ehingen  
's Rote Füchse  
Ludwig Dorner  
Höhenstraße 101  
89608 Griesingen

Im Januar 2009

#### Grußwort für „'s Rote Füchse“ des SPD-Ortsvereins Ehingen

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Genossinnen und Genossen im Ortsverein Ehingen,

vor Ihnen und Euch liegt eine neue Ausgabe des Roten Füchse.

Diese Zeitung des SPD-Ortsvereins Ehingen erscheint nunmehr im 15. Jahr. Das ist ein schönes Jubiläum, zu dem ich gerne gratuliere. Wer in der Ortsvereinszeitung blättert, erkennt: Die Mitglieder der SPD im Ortsverein Ehingen leisten für ihren Ortsteil eine kontinuierliche, engagierte Arbeit. Sie „sagen, was Sache ist“, sind nah dran an den Sorgen und Hoffnungen ihrer Nachbarn und Mitbürger und sie stehen ein für unsere sozialdemokratische Idee – im Großen wie im Kleinen.

In diesem Jahr steht die Sozialdemokratie vor großen Aufgaben.

Wir wollen unser Land im Sinne der Menschen voranbringen und die Solidarität und das menschliche Miteinander in unserer Gesellschaft erhalten und stärken. Das ist der Auftrag, den die Wählerinnen und Wähler der SPD gegeben haben. Sie erwarten von uns, dass wir Probleme lösen und neue Wege eröffnen. Die Aufgabe unserer Partei war und ist die tägliche harte Arbeit dafür, dass das Leben besser wird – nicht nur für wenige, sondern für alle Menschen in unserem Land. Daran wollen wir gemeinsam weiter arbeiten. Die engagierte Arbeit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Städten und Gemeinden – auch bei Ihnen und Euch in Ehingen und Umgebung – ist ein gutes Beispiel dafür, dass es gelingen kann.

Eurem Mitteilungsblatt „'s Rote Füchse“ wünsche ich viele interessierte Leserinnen und Leser und den zahlreichen Ehrenamtlichen, die an dieser Zeitung mitwirken, weiterhin viel Freude und Erfolg beim Zeitungsmachen.

Mit herzlichem Gruß



Jürgen Grosse (Willy-Brandt-Haus, Berlin) überbringt dem Roten Fuchsle das Grußwort von Franz Müntefering (siehe Seite 20) und überreicht es Klärle Dorner.

Foto: Ingo Bergmann

### Will Anregungen nach Berlin mitnehmen

Morgens fünf Stunden Unterricht, danach mit unserer Abgeordneten Hilde Mattheis in der Magdalena-Neff-Schule bei den AltenpflegeschülerInnen, danach fast drei Stunden intensives Arbeiten im Schulentwicklungsteam. Und jetzt auch noch nach Ulm! Ehrlich gesagt, nur mein Pflichtbewusstsein und die Solidarität mit Hilde und Heidi Ankner trieben mich dort hin. Was ich dann dort vorfand, übertraf all meine Erwartungen. Fast die ganze Reisegruppe vom Herbst war im Ratskeller versammelt. Sie alle nahmen das Angebot des Willy-Brandt-Hauses (WBH) an, um sich erneut einen Eindruck von der Arbeit der SPD zu machen, was auch wirklich sehr gut gelang. Mit Jürgen Grosse konnten wir einen sehr engagierten, äußerst gut vorbereiteten und menschlich sehr sympathisch wirkenden Mitarbeiter der SPD-Zentrale kennenlernen. Ihm gelang es nicht nur, überzeugend darzulegen, was die SPD tut und wie sie sich im WBH auf das "Superwahljahr" 2009 vorbereitet. In einer über mehr als einstündigen, sehr lebhaften Diskussion gab er den Gästen meist überzeugende, auf alle Fälle überzeugte Antworten auf ihre Fragen. Anregungen griff er auf und versprach, sie

im WBH zur Diskussion zu stellen. Es würde den Rahmen unserer Ortsvereinszeitung sprengen, wenn ich all die Inhalte wiedergeben würde - aber wir waren wohl alle, auch die vielen Nicht-SPD-Mitglieder, von seinen Ausführungen sehr angetan. Besonders nett fand ich übrigens, dass Jürgen im Auftrag von Franz-Müntefering ein Glückwunschsreiben zum 15. Geburtstag unserer Ortsvereinszeitung 's Rote Füchse mitbrachte. Er hatte gerade den Text den Gästen vorgelesen, als ich (verspätet, wegen der Schule) den Raum betrat. So begrüßten mich alle mit "da kommt das Fuchsle" - was leider nicht ganz stimmte, da Ludwig leider krank war und mich nicht begleiten konnte. Um so mehr freute er sich - und ich mit -, dass unser Ortsverein zum 15. Fuchsles-Geburtstag so eine unerwartete Gratulation erhielt. Danke, liebe Genossinnen und Genossen. Ich möchte es nun aber nicht versäumen, selbst auch noch als Ortsvereinsvorsitzende unserem "Fuchsle" zu gratulieren. Möge es weiter so gedeihen - zur Freude vieler Leserinnen und Leser. Und so ganz am Ende möchte ich auch meinem lieben Mann, dem Ludwig, für diese unermüdliche Arbeit - auch im Namen des Ortsvereins danke sagen. ■

### Aller Ehren wert

Vergangenen Herbst hatte 's Rote Füchse über eine Berlinfahrt für "politisch interessierte Bürger/-innen" berichtet. Die Reise wurde "auf Anregung der Abgeordneten Hilde Mattheis" organisiert.

Nebst viel Lobenswertem und Interessanten stand im Roten Fuchsle deutliche Kritik über die Qualität des Vortrags im SPD-eigenen Willy-Brandt-Haus (WBH) zu lesen. Die Vorstellung war um so peinlicher, weil die große Mehrheit der Reiseteilnehmer keine SPD-Mitglieder waren und so einen denkbar schlechten Eindruck gewinnen mussten.

Auf Grund der Berichterstattung im Roten Fuchsle, das natürlich auch im WBH gelesen wird, und entsprechend auch auf Betreiben von Hilde Mattheis beschloss man im WBH, den Schaden möglichst wieder gut zu machen. Man schickte mit Jürgen Grosse einen hochrangigen Vertreter, der dazu eigens aus Berlin in den Wahlkreis anreiste. Hildes Wahlkreisbüro verständigte alle Teilnehmer der Reisegruppe und lud zur "Wiedergutmachungs-Informationsveranstaltung" ein. Und es kamen tatsächlich fast alle ...

### Dazu kann man nur sagen: Allseits allen Respekt!

Danke ans WBH, danke an Hilde Mattheis MdB, danke an Jürgen Grosse - und auch danke allen Reiseteilnehmern, die das Angebot zur nachträglichen Information wahrnahmen.

Und beim Roten Fuchsle freut man sich leise, einmal bis "hin-auf nach Berlin" etwas bewegt zu haben.

(Siehe nebenstehenden Beitrag von Klärle Dorner). ■



**Bildernachlese**

**Rückblicke  
Ausblicke**

Hilde Mattheis MdB besuchte die Gemeinden Altsteußlingen, Dächingen, Granheim und Mundingen auf der Ehinger Alb.

Foto: Ingo Bergmann

Rauchende Köpfe.  
Kreistagsfraktion  
und Kreisvorstand  
sitzen über dem  
Wahljahr 2009 zu-  
sammen.



Foto: Horst Feiler



Einmal (fast ganz) ohne Politik: Jahresessen des SPD-Kreisverbands. Jung und alt in gemütlicher (Selbstzahler-)Runde.

Foto: Horst Feiler

Klein-Susi fragt ihre Mutter: "Mama, leben auf dem Mond echt keine Menschen?"  
Sagt die Mama: "Nein, aber wie kommst du darauf?"  
— "Weil dort jeden Abend Licht brennt."  
■



## IN EUROPÄISCHEN ZEITUNGEN GELESEN

Quelle: eurotopics@bpb.de

### Im Osten ist es kalt

Der andauernde Gas-Streit zwischen Russland und der Ukraine trifft die ehemaligen sozialistischen Länder Osteuropas besonders hart. Mit dem Einbruch der Kälte beklagt die osteuropäische Presse vor allem die immer noch starke Abhängigkeit von Russland.

+++ Sme - Slowakei. Die Slowakei, die vollends von russischen Gaslieferungen abhängig ist, hat den Gas-Notstand ausgerufen.

Die Reserven reichen nur noch für zehn Tage. Die liberale Tageszeitung Sme gibt Moskau und Kiew gleichermaßen die Schuld an der Krise: "Die Ukraine macht die Länder westlich ihrer Grenze zu Geiseln. Russland verhält sich ähnlich. [Dem Gasversorger] Gazprom liegt nicht sehr viel am Bild eines seriösen Exporteurs. Eine Alternative hat Europa aber nicht.

Kann Europa, das von zwei Seiten zur Geisel genommen wurde, mehr tun, als auf die schnellstmögliche Wiederaufnahme der Lieferungen zu bestehen? Wohl nicht. Diese Abhängigkeit vom Kreml und von Kiew ist schmachvoll." (07.01.2009) +++

+++

Postimees - Estland. Die Tageszeitung Postimees verweist auf den unterschiedlichen Stellenwert von Gas in West- und Osteuropa sowie die daraus resultierenden unterschiedlichen Reaktionen in Ost und West: "Der Gas-Streit verheißt für die östlichen EU-Länder nichts Gutes, denn er erinnert sie wieder einmal an ihre Abhängigkeit von Moskau. Bulgarien beispielsweise erhält 100 Prozent seiner Gaslieferungen aus Russland und musste nun seinen Bürgern mitteilen, dass wegen der Unterbrechung der Lieferungen die Vorräte fast erschöpft sind. Aber letztlich sind alle Länder von Polen bis Griechenland betroffen, die über die Ukraine beliefert werden. Diese Abhängigkeit lässt sich nicht so rasch beseitigen und trennt das neue vom alten Europa. Während die alten EU-Staaten von Osteuropa fordern, sich der Tatsache ihrer Abhängigkeit von Russland zu stellen, fordern die neuen Mitglieder von der EU, die Reihen zu schließen und geeint gegen Russland aufzutreten." (07.01.2009)

+++

+++ Rzeczpospolita - Polen. Die konservative Tageszeitung Rzeczpospolita

kritisiert das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik: "Russland hat dem Westen den Gas-krieg erklärt und testet, bis zu welcher Grenze es die anderen Länder mit dem Rohstoff erpressen kann. ... In Krisenzeiten erinnern sich die EU-Mitglieder gewöhnlich an ihre Partner - und zwar nach der Maxime: 'Rette sich, wer kann.' [Die deutsche Bundeskanzlerin] Angela Merkel überlegt sich heute, wie sie die Rohstofflieferungen für die deutschen Kunden sichern kann und nicht, wie sie Bulgarien helfen kann.

[Der polnische Premier] Donald Tusk sorgt sich eher um unsere Gasspeicher und nicht darum, ob die Küchenherde der Einwohner von Bratislava [in der Slowakei] funktionieren. Klar, der Premier von Tschechien [Mirek Topolanek] hat im Namen der EU die Wiederaufnahme der Lieferungen aus dem Osten gefordert.

Doch bedeutet eine einzige Erklärung noch lange nicht, dass es eine gemeinsame Energie-Politik gibt." (07.01.2009) +++ ■



# Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit  
freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse  
und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

## Dienstag-Treff öffentliche Mitgliederversammlung

# 3.

## Schwert Ehingen

### Februar

### 20.00 Uhr

### Kommunalwahlen

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles aus dem Gemeinderat Ehingen
- Aktuelles aus dem Kreistag
- Kommunalwahlen: Themenschwerpunkte
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff:  
03. März 2009  
**Gaststätte Schwert**

Bitte vormerken:

Nominierung zu den Kommunalwahlen:  
Freitag, 20. März, 19 Uhr

Jahreshauptversammlung mit Wahlen:  
Freitag, 24. April, 19 Uhr, "Schwert"

### Weitere Termine

- Samstag, 7. Februar 2009, 10-12 Uhr  
Blaubeuren, AWO-Begegnungsstätte  
Babette-Gundlach-Haus, Aachgasse 2  
**Parteiinterner Workshop:  
Kreistagswahlprogramm**  
Einladung an alle Parteimitglieder im  
Alb-Donau-Kreis
- Mittwoch, 25. Februar 2009, 19.30 Uhr,  
Schelklingen, Rittersaal, Spitalgasse 4  
**Politischer Aschermittwoch**

Betreff: **Kabarett** in Ehingen und Allmendingen

Liebe Leserinnen und Leser,

ich bin SPD-Mitglied im OV Finsing (Bayern, Lkr. Erding). 2002 wollten wir im Kommunalwahlkampf unseren Bürgern mal etwas anderes bieten und haben eine Kabarettgruppe gegründet. Seitdem gibt es das Kabarett Rotstift. Wir sind zwei Frauen und machen politisches Kabarett inzwischen über Partei- und Landkreisgrenzen hinweg.

Wir freuen uns, dass wir am 30.1. bei der VHS in Allmendingen und am 31.1. im Bäumle in Ehingen-Berg zu Gast sein dürfen. Wir spielen jeweils unser aktuelles Programm "Dumm is, wenn de Andern gscheida san". Mehr Informationen dazu gibt es auf unserer Homepage [www.kabarettrotstift.de](http://www.kabarettrotstift.de).

Viele Grüße aus Bayern  
Josefine Gartner, Kabarett Rotstift

### Aufgefallen?

Den Leserinnen und Lesern der gedruckten Ausgabe müsste es aufgefallen sein: Das Januarfüchsele war so farbig gedruckt wie sonst nur die E-Mail-Version.

Dies war ein Geschenk zum 15-jährigen Bestehen des Roten Füchseles von Firma Peletronia, Ersingen, die unser Blatt seit vielen Jahren liebevoll und gekonnt zu Papier bringt.

Herzlichen Dank für die gelungene Überraschung, lieber Gerd Pepela.

Vorstand und Redaktion

**'s Rote Füchsele (auch?) per E-Mail: [Rotes.Fuechsle@t-online.de](mailto:Rotes.Fuechsle@t-online.de)**

Übrigens: E-Mailadressen, die uns fürs Rote Füchsele genannt werden, verwenden wir für nichts anderes und geben sie selbstverständlich auch an niemand weiter.